

**Prüfungs- und Studienordnung  
für das Zusatzstudium Umweltrecht  
für naturwissenschaftliche Studiengänge der Fakultät  
für Biologie, Chemie und Geowissenschaften  
an der Universität Bayreuth  
(PSO ZUR)  
Vom 1. Oktober 2014**

Auf Grund von Art. 13 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 58 Abs. 1 Satz 1 und Art. 61 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Universität Bayreuth folgende Satzung: \*)

---

<sup>\*)</sup> Mit allen Personen- und Funktionsbezeichnungen sind Männer und Frauen in gleicher Weise gemeint. Eine sprachliche Differenzierung im Wortlaut der einzelnen Vorschriften wird nicht vorgenommen.

## Inhaltsverzeichnis

- § 1 Gegenstand und Zweck des Zusatzstudiums Umweltrecht
  - § 2 Zugang zum Zusatzstudium, Ablauf des Zusatzstudiums
  - § 3 Prüfungsausschuss
  - § 4 Prüfungsamt
  - § 5 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer
  - § 6 Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht
  - § 7 Studienbegleitende Prüfungsleistungen
  - § 8 Abschlussprüfung
  - § 9 Bewertung
  - § 10 Prüfungsgesamtnote
  - § 11 Wiederholung einer Prüfung
  - § 12 Anrechnung von Kompetenzen
  - § 13 Mängel im Prüfungsverfahren
  - § 14 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
  - § 15 Berücksichtigung der besonderen Belange Behinderter
  - § 16 Berücksichtigung besonderer Lebenssituationen
  - § 17 Zertifikatszeugnis
  - § 18 Ungültigkeit der Zertifikatsprüfung
  - § 19 Übergangsregelungen
  - § 20 In-Kraft-Treten
- Anlage: Modulübersicht

## § 1

### Gegenstand und Zweck des Zusatzstudiums Umweltrecht

- (1) <sup>1</sup>An der Universität Bayreuth wird von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ein Zusatzstudium Umweltrecht angeboten. <sup>2</sup>Die Zahl der zu erwerbenden Leistungspunkte (LP) beträgt 30 gemäß dem European Credit Transfer System (ECTS). <sup>3</sup>Das Zusatzstudium steht den Studierenden der Studiengänge der Fakultät für Biologie, Chemie und Geowissenschaften der Universität Bayreuth offen.
- (2) <sup>1</sup>Ziel des umweltrechtlichen Zusatzstudiums ist der Erwerb von wissenschaftlichen und beruflichen Teilqualifikationen im Bereich des Umweltrechts. <sup>2</sup>Es bereitet Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftler auf die Aufgaben vor, die sie in einer globalisierten Industriegesellschaft zu erfüllen haben. <sup>3</sup>Ziel ist es, den Absolventinnen und Absolventen neben ihren jeweiligen naturwissenschaftlichen Kernkompetenzen die Fähigkeit zu vermitteln, über umweltrechtliche Fragen mit Juristen aus Verwaltung, Gericht und Wissenschaft kommunizieren zu können. <sup>4</sup>In Anlehnung an die naturwissenschaftlichen Ausbildungsinhalte und Berufsbilder werden deshalb grundlegende Kenntnisse von Konzepten der Rechtswissenschaften und deren praktische Anwendung vermittelt sowie die rechtswissenschaftliche Falllösungsmethode eingeübt.
- (3) <sup>1</sup>Die Studierenden sollen durch das Zusatzstudium befähigt werden, bei der Behandlung von Umweltproblemen, insbesondere in den Bereichen Naturschutz und Landschaftspflege, Bodenschutz, Immissionsschutz, Klimaschutz, Gewässerschutz sowie erneuerbare Energien auch die rechtlichen Fragestellungen mit berücksichtigen zu können und damit bei ganzheitlichen Lösungsvorschlägen mitwirken zu können. <sup>2</sup>Sie sollen zur interdisziplinären Forschung und zum Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Fachdisziplinen befähigt werden. <sup>3</sup>Durch den Abschluss des umweltrechtlichen Zusatzstudiums soll nachgewiesen werden, dass die Studierenden die Fähigkeit besitzen, die rechtliche Einbettung naturwissenschaftlicher Fragen zu verstehen.

## § 2

### Zugang zum Zusatzstudium, Ablauf des Zusatzstudiums

- (1) <sup>1</sup>Voraussetzung für den Zugang zum umweltrechtlichen Zusatzstudium ist die Einschreibung als Studierende oder Studierender in einen naturwissenschaftlichen Studiengang der Fakultät für Biologie, Chemie und Geowissenschaften an der Universität Bayreuth. <sup>2</sup>Andere Studiengänge der Universität Bayreuth können vom Prüfungsausschuss im Einzelfall gleichgestellt werden.

- (2) <sup>1</sup>Das Zusatzstudium bedarf der Anmeldung. <sup>2</sup>Prüfungsleistungen können erst nach Anmeldung erworben werden. <sup>3</sup>Nach Aufgabe des Zusatzstudiums ist die Studierende oder der Studierende zur Abmeldung verpflichtet. <sup>4</sup>Der Prüfungsausschuss kann die Einzelheiten der Anmeldung und Abmeldung festlegen (vgl. § 3 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1).
- (3) <sup>1</sup>Das Zusatzstudium endet mit der Abmeldung der oder des Studierenden, dem Erwerb des Zertifikats oder mit Abschluss des naturwissenschaftlichen Studiengangs. <sup>2</sup>Ein beendetes Zusatzstudium kann im Verlauf des gleichen naturwissenschaftlichen Studiengangs nicht wieder aufgenommen werden.
- (4) <sup>1</sup>Das Zusatzstudium Umweltrecht besteht aus vier Fachmodulen und einem Prüfungsmodul. <sup>2</sup>Die Module Grundlagen des Öffentlichen Rechts und Grundlagen des Verwaltungsrechts vermitteln Grundlagenkenntnisse im Öffentlichen Recht, die Module Dogmatik des Umweltrechts und Wissenschaft und Praxis des Umweltrechts solche speziell im Umweltrecht, jeweils einschließlich ihrer Anwendung und mitsamt den Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens. <sup>3</sup>Jedes Modul umfasst 6 Leistungspunkte. <sup>4</sup>Die den Modulen zugehörigen Lehrveranstaltungen sind der Übersicht der Anlage zu entnehmen. <sup>5</sup>Über den Studienverlauf wird vom Prüfungsausschuss ein exemplarischer Studienplan beschlossen. <sup>6</sup>Von diesem kann aus organisatorischen Gründen abgewichen werden. <sup>7</sup>Der Prüfungsausschuss kann die Gleichwertigkeit anderer Lehrveranstaltungen der Universität Bayreuth mit Lehrveranstaltungen, die im Modul- und Studienplan vorgesehen sind, beschließen und Folgerungen für die Modulprüfung festlegen.
- (5) Die Prüfungen des Zusatzstudiums bestehen aus studienbegleitenden Prüfungsleistungen (Modulprüfungen) und einer Abschlussprüfung.
- (6) <sup>1</sup>Das umweltrechtliche Zusatzstudium muss innerhalb der Studienzeit des naturwissenschaftlichen Studiengangs absolviert werden. <sup>2</sup>Wird der naturwissenschaftliche Studiengang ohne Abschluss des Zusatzstudiums beendet, kann es mit Aufnahme eines neuen naturwissenschaftlichen Studiengangs, insbesondere mit einem Masterstudium, erneut aufgenommen werden. <sup>3</sup>Die Anrechnung der erworbenen Kompetenzen richtet sich nach § 12. <sup>4</sup>Wird das Zusatzstudium vor Abschluss des naturwissenschaftlichen Studiengangs erfolgreich abgeschlossen, kann das Zertifikat mit Beendigung des Zusatzstudiums ausgestellt werden, sofern die Absolventin der Absolvent schon einen Hochschulabschluss eines naturwissenschaftlichen Studiengangs der Fakultät für Biologie, Chemie und Geowissenschaften an der Universität Bayreuth besitzt.
- (7) Das Zusatzstudium kann nur zum Wintersemester aufgenommen werden.

### § 3 Prüfungsausschuss

- (1) <sup>1</sup>Für die organisatorische Durchführung der Prüfungen im Rahmen des Zusatzstudiums ist ein Prüfungsausschuss zuständig. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss führt nach Maßgabe dieser Satzung das Prüfungsverfahren durch und trifft, mit Ausnahme der eigentlichen Prüfungen und deren Bewertung, alle anfallenden Entscheidungen. <sup>3</sup>Der Prüfungsausschuss kann ergänzende Ausführungsregeln zu dieser Satzung erlassen, insbesondere
1. zur Anmeldung zum Zusatzstudium,
  2. zur Durchführung der Modulprüfungen,
  3. zu Fragen der Anerkennung von Kompetenzen,
  4. zu Fragen der Bekanntgabe der Prüfungsleistungen,
  5. zum Verfahren der Prüferbestellung.
- <sup>4</sup>Er kann auch allgemeine Hinweise, insbesondere zur Auslegung der Satzung, beschließen.
- (2) <sup>1</sup>Dem Prüfungsausschuss gehören aus dem Kreis der Professorinnen und Professoren (Art. 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Bayerisches Hochschulpersonalgesetz) zwei Mitglieder der Fakultät für Biologie, Chemie und Geowissenschaften und zwei Mitglieder aus den Rechtswissenschaften der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss wählt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. <sup>3</sup>Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und je eine Ersatzvertreterin oder ein Ersatzvertreter werden für die Dauer von vier Jahren vom jeweiligen Fakultätsrat gewählt. <sup>4</sup>Scheidet ein Mitglied oder eine Ersatzvertreterin oder ein Ersatzvertreter des Prüfungsausschusses während der Amtszeit aus der Universität Bayreuth aus, so scheidet es auch aus dem Prüfungsausschuss aus. <sup>5</sup>Die jeweilige Fakultät wählt für die verbleibende Amtszeit ein neues Mitglied oder eine neue Ersatzvertreterin oder einen neuen Ersatzvertreter. <sup>6</sup>Tritt die Vorsitzende oder der Vorsitzende während ihrer oder seiner Amtszeit aus Altersgründen in den Ruhestand ein, so kann der Prüfungsausschuss beschließen, dass der Vorsitz auf ein anderes Mitglied des Prüfungsausschusses übertragen wird.
- (3) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss kann in Sitzungen oder in eiligen bzw. unaufschiebbaren Fällen im Umlaufverfahren entscheiden. <sup>2</sup>Verlangt ein Mitglied eine Sitzung, ist diese einzuberufen. <sup>3</sup>Der Ausschuss beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. <sup>4</sup>Stimmenthaltungen, geheime Abstimmungen und Stimmrechtsübertragungen sind unzulässig.

- (4) <sup>1</sup>Bei Sitzungen ist der Prüfungsausschuss beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder mindestens eine Woche vor Zusammentritt des Prüfungsausschusses schriftlich unter Angabe der Tagesordnungspunkte geladen wurden und die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. <sup>2</sup>Ist der Prüfungsausschuss nicht beschlussfähig, kann er unter Hinweis auf diesen Umstand zur Verhandlung über dieselben Gegenstände neu geladen werden und ist dann unabhängig von der Anzahl der Erschienenen beschlussfähig. <sup>3</sup>Eine Ladung per E-Mail ist möglich. <sup>4</sup>Der Prüfungsausschuss kann mit Zustimmung seiner Mitglieder Gäste zu seinen Sitzungen zulassen.
- (5) <sup>1</sup>Entscheidungen im Umlaufverfahren setzen voraus, dass es sich um eilige bzw. unaufschiebbare Fälle handelt, alle Mitglieder des Prüfungsausschusses die Entscheidungsgrundlage erhalten haben und sich die Mehrheit der Mitglieder an der Abstimmung beteiligt haben. <sup>2</sup>Zwischen Aufforderung zur Stimmabgabe und Stimmabgabe muss eine angemessene Bedenkzeit liegen. <sup>3</sup>Die jeweilige Stimmabgabe ist allen Mitgliedern bekannt zu geben. <sup>4</sup>Widerspricht ein Mitglied der Entscheidung im Umlaufverfahren ist in einer Sitzung zu entscheiden.
- (6) <sup>1</sup>Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Satzung eingehalten werden. <sup>2</sup>Sie oder er lädt zu den Sitzungen des Prüfungsausschusses und führt den Vorsitz bei allen Beratungen und Beschlussfassungen des Prüfungsausschusses. <sup>3</sup>Sie oder er ist befugt, anstelle des Prüfungsausschusses unaufschiebbare Entscheidungen allein zu treffen. <sup>4</sup>Hiervon hat sie oder er den übrigen Mitgliedern des Prüfungsausschusses unverzüglich, spätestens bei der nächsten Sitzung Kenntnis zu geben. <sup>5</sup>Darüber hinaus kann, soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt, der Prüfungsausschuss der oder dem Vorsitzenden die Erledigung einzelner dem Prüfungsausschuss obliegender Aufgaben widerruflich übertragen. <sup>6</sup>Übertragbar sind insbesondere die Aufgaben der Bestellung zur Prüferin oder zum Prüfer, die Bestimmung des Verfahrens der Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse und die Entscheidung über das Vorliegen eines Täuschungsversuchs. <sup>7</sup>Die oder der Vorsitzende kann Aufgaben delegieren.
- (7) Der Prüfungsausschuss soll eine Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner für das Zusatzstudium bestimmen.

## **§ 4 Prüfungsamt**

- (1) Die Anmeldung ist beim Prüfungsamt der Fakultät für Biologie, Chemie und Geowissenschaften vorzunehmen.
- (2) Für jede bzw. jeden Studierenden, die oder der für das Zusatzstudium angemeldet ist, wird ein Konto "Leistungspunkte" für die erbrachten Modulleistungen beim Prüfungsamt eingerichtet.
- (3) <sup>1</sup>Die Studierenden können jederzeit Einsicht in ihre Studien- und Prüfungsakten nehmen. <sup>2</sup>Das Einsichtsbegehren muss gegenüber dem Prüfungsamt geltend gemacht werden. <sup>3</sup>Der Prüfungsausschuss kann gemäß § 3 Abs. 1 Satz 3 das Verfahren regeln.

## **§ 5**

### **Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer**

- (1) <sup>1</sup>Die Voraussetzungen um als Prüferin oder Prüfer tätig zu werden richten sich nach dem Bayerischen Hochschulgesetz sowie nach der Hochschulprüferverordnung in der jeweils geltenden Fassung. <sup>2</sup>Als Beisitzerin oder Beisitzer kann jedes Mitglied der Universität Bayreuth herangezogen werden, das einen juristischen oder vergleichbaren wissenschaftlichen Studiengang oder einen naturwissenschaftlichen Studiengang erfolgreich abgeschlossen hat. <sup>3</sup>Scheidet ein prüfungsberechtigtes Hochschulmitglied aus der Universität Bayreuth aus, so kann der Prüfungsausschuss auf ihren oder seinen Antrag hin beschließen, dass sie oder er noch eine angemessene Zeit als Prüferin oder Prüfer tätig ist. <sup>4</sup>In der Regel soll die Prüfungsberechtigung bis zu drei Jahren erhalten bleiben.
- (2) Sofern der Prüfungsausschuss nichts anderes bestimmt, sind folgende Personen als Prüferin oder Prüfer bestellt:
  1. die verantwortliche Dozentin oder der verantwortliche Dozent der Lehrveranstaltungen, die den in § 2 Abs. 5 genannten Modulen zugeordnet sind.
  2. die prüfungsberechtigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dozentin oder des Dozenten der Lehrveranstaltungen, die den in § 2 Abs. 5 genannten Modulen zugeordnet sind, sofern diese der Fakultät für Biologie, Chemie und Geowissenschaften oder der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät angehören.

3. Für die Korrektur von Abschlussklausuren die prüfungsberechtigten Personen, die von der verantwortlichen Dozentin oder von dem verantwortlichen Dozenten bestimmt werden. Die Personen sind dem Prüfungsamt zu melden.

<sup>2</sup>Die Prüferinnen und Prüfer dürfen sich unter den Voraussetzungen des Art. 62 BayHSchG geeigneter Personen zur Vorkorrektur oder als Beisitzerin oder Beisitzer bedienen.

## **§ 6**

### **Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht**

- (1) Der Ausschluss von der Beratung und Abstimmung im Prüfungsausschuss sowie von einer Prüfungstätigkeit wegen persönlicher Beteiligung bestimmt sich nach Art. 41 Abs. 2 BayHSchG.
- (2) Die Pflicht der Mitglieder des Prüfungsausschusses, der Prüferinnen und Prüfer, der Prüfungsbeisitzerinnen und Prüfungsbeisitzer und sonstiger mit Prüfungsangelegenheiten befasster Personen zur Verschwiegenheit bestimmt sich nach Art. 18 Abs. 3 BayHSchG.

## **§ 7**

### **Studienbegleitende Prüfungsleistungen**

- (1) <sup>1</sup>Für jedes Modul muss eine Modulprüfung erbracht werden, die das Modul abschließt. <sup>2</sup>Die Modulprüfungen werden in Form von Klausuren, mündlichen Prüfungen oder Seminararbeiten abgelegt. <sup>3</sup>Die möglichen Prüfungsformen in den Modulen werden im Anhang angegeben. <sup>4</sup>Die Dauer der jeweiligen Prüfungsleistung soll den Anforderungen der zugehörigen Lehrveranstaltung angemessen sein.
- (2) <sup>1</sup>Für jedes Modul kann nur eine Modulprüfung in die Gesamtnote eingebracht werden. <sup>2</sup>Wird die gleiche Modulprüfung mehrfach absolviert, kann die beste Note eingebracht werden. <sup>3</sup>Modulprüfungen können maximal bis ein Semester nach Absolvierung der Abschlussprüfung erbracht werden.
- (3) <sup>1</sup>Die Prüfungen finden zeitnah zum Abschluss des Moduls statt. <sup>2</sup>Die Prüfungstermine und die Termine zur Abgabe von Seminararbeiten werden von der Prüferin oder vom Prüfer zu Beginn der Lehrveranstaltung hochschulöffentlich bekannt gegeben. <sup>3</sup>Ein kurzfristiger Wechsel der Prüferin oder des Prüfers ist nur aus zwingenden Gründen zulässig. <sup>4</sup>Die Prüfungstermine, die jeweilige Prüfungsform, soweit nicht in der Satzung vorgegeben, und die Dauer einer Prüfung werden von der jeweiligen Prüferin oder vom

jeweiligen Prüfer festgelegt und in der Regel zu Beginn des Semesters hochschulöffentlich bekannt gegeben.

- (4) <sup>1</sup>Klausuren werden wenigstens halb- und höchstens zweistündig durchgeführt. <sup>2</sup>Die Prüfungsdauer soll der Anforderung der zugehörigen Lehrveranstaltung angemessen sein. <sup>3</sup>Die zulässigen Hilfsmittel bestimmt die Prüferin oder der Prüfer; der Prüfungsausschuss kann gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2 allgemeine Hinweise beschließen. <sup>4</sup>Erscheint eine Kandidatin oder ein Kandidat verspätet zur Prüfung, so kann sie oder er die versäumte Zeit nicht nachholen. <sup>5</sup>Die Prüferinnen und Prüfer für die Klausuren werden durch die verantwortliche Dozentin oder den verantwortlichen Dozenten bestimmt, sofern der Prüfungsausschuss nichts anderes vorsieht. <sup>6</sup>Die Beurteilung soll spätestens vier Wochen nach Anfertigung der jeweiligen Klausur vorliegen. <sup>7</sup>Die Möglichkeit, eine Überprüfung einer vergebenen Note zu beantragen (Remonstration), wird eingeräumt. <sup>8</sup>Im Rahmen der Remonstration kann die Note verbessert oder verschlechtert werden. <sup>9</sup>Wird sie verändert, zählt ausschließlich die dort bestimmte Punktzahl. <sup>10</sup>Die Dozentin oder der Dozent übermittelt die Noten dem Prüfungsamt.
- (5) <sup>1</sup>Im Falle einer mündlichen Prüfung beträgt die Prüfungsdauer für eine Prüfung je nach Anforderung der zugehörigen Lehrveranstaltung zwischen 10 und 20 Minuten pro Kandidatin oder Kandidat. <sup>2</sup>Ihr Gegenstand ist der Inhalt der zugehörigen Lehrveranstaltungen bzw. des Moduls. <sup>3</sup>Mehrere Kandidatinnen bzw. Kandidaten können die mündliche Prüfung gemeinsam in einem Termin ablegen. <sup>4</sup>Die mündliche Prüfung wird von einer Prüferin oder einem Prüfer unter Heranziehung einer Beisitzerin oder eines Beisitzers in deutscher Sprache durchgeführt. <sup>5</sup>Zuhörer können im Rahmen der räumlichen Möglichkeiten zugelassen werden; auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten werden Zuhörer ausgeschlossen. <sup>6</sup>Die Noten für die mündlichen Prüfungen werden von der Prüferin oder dem Prüfer gemäß § 9 festgesetzt. <sup>7</sup>Über die Prüfung ist von der Prüferin oder vom Prüfer bzw. von der Beisitzerin oder vom Beisitzer ein Protokoll anzufertigen. <sup>8</sup>Inhalt des Protokolls sind insbesondere: Ort und Zeit sowie Zeitdauer der Prüfung, Gegenstände und Ergebnis der Prüfung, die Namen der Prüferin oder des Prüfers und der Beisitzerin oder des Beisitzers, der Kandidatin oder des Kandidaten sowie besondere Vorkommnisse. <sup>9</sup>Das Protokoll ist von der Prüferin oder vom Prüfer und von der Beisitzerin oder vom Beisitzer zu unterschreiben. <sup>10</sup>Der Prüfungsausschuss kann Ausnahmen bei der Wahl der Sprache auf Antrag festlegen. <sup>11</sup>Die Dozentin oder der Dozent übermittelt die Noten dem Prüfungsamt.

- (6) <sup>1</sup>Seminararbeiten bilden schriftliche Ausarbeitungen zu umweltrechtlichen Einzelfragen der Forschung und üben dabei wissenschaftliche Arbeitsweisen ein. <sup>2</sup>Sie dienen der Schwerpunktbildung und der Einübung der rechtswissenschaftlichen Recherche des Diskussionsstandes zu rechtlichen Problemen in Wissenschaft, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis. <sup>3</sup>Die Ergebnisse von Seminararbeiten werden in der Regel mündlich präsentiert.
- (7) <sup>1</sup>Die Bewertungen der Prüfungen werden durch das vom Prüfungsausschuss festgelegte Verfahren bekannt gegeben. <sup>2</sup>Eine Zustellung von Einzelbescheiden erfolgt nicht. <sup>3</sup>Die Studierenden sind verpflichtet, sich selbständig rechtzeitig über die Ergebnisse und die Wiederholungsregelungen dieser Satzung zu informieren. <sup>4</sup>Die Noten werden von der Prüferin oder vom Prüfer dem Prüfungsausschuss mitgeteilt.
- (8) <sup>1</sup>Die Prüfungsleistungen werden jeweils aufgrund einer mindestens mit der Note „ausreichend (4 Punkte)“ bewerteten Prüfungsleistung erbracht. <sup>2</sup>Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer gemäß § 9 festgesetzt. <sup>3</sup>Sind mehrere Prüferinnen oder Prüfer bestimmt, berechnet sich die Note aus dem Mittelwert der vergebenen Einzelnoten. <sup>4</sup>Dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. <sup>5</sup>Klausuren, die mit weniger als mit „ausreichend“ (4 Punkte) bewertet werden, sind von einer zweiten Prüferin oder einem zweiten Prüfer zu beurteilen.

## § 8

### Abschlussprüfung

- (1) <sup>1</sup>Die Abschlussprüfung besteht aus einer Klausur, die im Rahmen der Übung im Umweltrecht angeboten wird. <sup>2</sup>Eine Anmeldung kann verlangt werden. <sup>3</sup>§ 7 Abs. 4, 7 und 8 gelten entsprechend.
- (2) Der Prüfungsausschuss kann die Voraussetzungen für die Teilnahme weiter konkretisieren.

## § 9

### Bewertung

Für die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen (§ 2 Abs. 5) sind folgende Noten zu verwenden:

"sehr gut" (eine hervorragende Leistung)	= 16 bis 18 Punkte,
"gut" (eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt)	= 13 bis 15 Punkte,
„vollbefriedigend“ (eine Leistung, die über den durchschnittlichen Anforderungen liegt)	= 10 bis 12 Punkte,
"befriedigend" (eine Leistung, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entspricht)	= 7 bis 9 Punkte,
"ausreichend" (eine Leistung, die trotz ihrer Mängel durchschnittlichen Anforderungen noch entspricht)	= 4 bis 6 Punkte,
"nicht ausreichend" (eine Leistung, die an erheblichen Mängeln leidet)	= 1 bis 3 Punkte,
„ungenügend“ (eine völlig unbrauchbare Leistung)	= 0 Punkte.

## § 10

### Prüfungsgesamtnote

- (1) Das Zusatzstudium ist bestanden, wenn jede Modulprüfung und die Abschlussprüfung mindestens mit „ausreichend (4,0)“ bewertet worden ist.
- (2) <sup>1</sup>Die Gesamtnote setzt sich aus den Modulabschlussnoten und der Abschlussprüfung im Verhältnis von 6 zu 4 zusammen. <sup>2</sup>Die Modulprüfungen zählen gleichgewichtig. <sup>3</sup>Die Durchschnittsnote der Modulabschlussnoten und die Gesamtnote wird auf zwei Stellen gerundet.
- (3) Als Prüfungsgesamtnote einer bestandenen Prüfung erhalten die Kandidatinnen und Kandidaten die Note
  - „sehr gut“ bei einer Punktzahl ab 14.00 Punkten,
  - „gut“ bei einer Punktzahl zwischen 11.50 bis 13.99 Punkten,
  - „vollbefriedigend“ bei einer Punktzahl zwischen 9.00 bis 11.49 Punkten,
  - „befriedigend“ bei einer Punktzahl zwischen 6.50 bis 8.99 Punkten,
  - „ausreichend“ bei einer Punktzahl zwischen 4.00 bis 6.49 Punkten,
  - „mangelhaft“ bei einer Punktzahl zwischen 1,50 bis 3.99 Punkten,
  - „ungenügend“ bei einer Punktzahl unter 1,49 Punkten.

## § 11

### Wiederholung einer Prüfung

- (1) <sup>1</sup>Jede nicht bestandene Prüfung kann wiederholt werden. <sup>2</sup>Die Wiederholung muss zu einem Zeitpunkt erfolgen, in dem die Kandidatin oder der Kandidat noch in ihrem oder

seinem naturwissenschaftlichen Studiengang eingeschrieben ist. <sup>3</sup>Ist eine Wiederholung bis zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, kann eine gesonderte Wiederholungsmöglichkeit eingeräumt werden. <sup>4</sup>Die Wiederholung kann in der gleichen Lehrveranstaltung oder in der Veranstaltung im nächsten Jahr angeboten werden.

- (2) <sup>1</sup>Die Wiederholung besteht grundsätzlich in der gleichen Art wie die nicht bestandene Prüfung. <sup>2</sup>Wird auch die Wiederholung nicht bestanden, kann die Prüferin oder der Prüfer als zweite oder weitere Wiederholungsmöglichkeit die Prüfungsart wechseln, insbesondere an Stelle einer Klausur eine mündliche Prüfung durchführen.
- (3) <sup>1</sup>Bei den Modulprüfungen ist die freiwillige Wiederholung einer bestandenen Prüfung zulässig. <sup>2</sup>Bei der Abschlussprüfung ist mindestens eine Wiederholungsmöglichkeit im gleichen Semester wie die erste Prüfung anzubieten. <sup>3</sup>Diese kann auch als Verbesserungsmöglichkeit angeboten werden. <sup>4</sup>Die Wiederholung einer bestandenen Klausur allein zur Verbesserung in einem späteren Semester ist ausgeschlossen.
- (4) <sup>1</sup>Werden nicht sämtliche der in § 10 Abs. 1 genannten Prüfungen vor oder zumindest zeitgleich mit Beendigung des naturwissenschaftlichen Studiengangs bestanden, so ist das Zusatzstudium erstmals nicht bestanden. <sup>1</sup>Der naturwissenschaftliche Studiengang gilt mit Ende des Semesters als beendet, in das der beendigende Akt (Bestehen der Prüfung, endgültiges Nichtbestehen der Prüfung oder Abbruch) fällt.

## § 12

### Anrechnung von Kompetenzen

- (1) Die Anrechnung von Kompetenzen (Lernergebnisse) bestimmt sich nach Art. 63 Abs. 1 und 3 BayHSchG.
- (2) Eine Anrechnung außerhalb des Hochschulbereichs erworbener Kompetenzen ist ausgeschlossen.
- (3) <sup>1</sup>Werden Kompetenzen angerechnet, sind die Noten - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. <sup>2</sup>Bei nicht vergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen; eine Einbeziehung in die Prüfungsgesamtnote findet in diesem Fall nicht statt. <sup>3</sup>Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Zeugnis ist zulässig. <sup>4</sup>Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Anrechnung entscheidet der Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit der zuständigen Fachvertreterin oder dem zuständigen Fachvertreter. <sup>5</sup>Wird die Anrechnung versagt, kann die betroffene Person innerhalb einer Frist von

vier Wochen nach Zustellung der Versagung eine Überprüfung der Entscheidung durch die Hochschulleitung beantragen. <sup>6</sup>Die Hochschulleitung gibt dem Prüfungsausschuss eine Empfehlung für die weitere Behandlung des Antrags.

- (4) Anträge zur Anrechnung von Kompetenzen sind möglichst unverzüglich nach dem Beginn des Zusatzstudiums, jedoch spätestens vor Abschluss des Prüfungsverfahrens des jeweiligen Moduls beim Prüfungsausschuss einzureichen.

### **§ 13**

#### **Mängel im Prüfungsverfahren**

- (1) Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben, ist auf Antrag einer Kandidatin oder eines Kandidaten oder von Amts wegen anzuordnen, dass die jeweilige Prüfung wiederholt wird.
- (2) Mängel des Prüfungsverfahrens oder eine vor oder während der Prüfung eingetretene Prüfungsunfähigkeit müssen unverzüglich, in jedem Falle vor Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder der Prüferin oder dem Prüfer geltend gemacht werden.
- (3) Sechs Monate nach Abschluss einer Prüfung dürfen Anordnungen nach Abs. 1 nicht mehr getroffen werden.

### **§ 14**

#### **Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß**

- (1) <sup>1</sup>Kandidatinnen und Kandidaten, die sich zu einer Prüfung gemeldet haben, können ohne Angabe von Gründen spätestens bis zu einem vom Prüfungsausschuss bekanntgegebenen Termin zurücktreten. <sup>2</sup>Eine Prüfung gilt als nicht bestanden, wenn die Kandidatin oder der Kandidat aus von ihr oder ihm zu vertretenden Gründen zu einem Prüfungstermin, zu dem er sich angemeldet hat, nicht erscheint oder nach Ablauf des in Satz 1 genannten Termins zurücktritt.
- (2) <sup>1</sup>Die Gründe für das Versäumnis oder, sofern nicht Abs. 1 Satz 1 zutrifft, den Rücktritt müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. <sup>2</sup>Gleiches gilt für eine vor oder während der Prüfung eintretende Prüfungsunfähigkeit. <sup>3</sup>Im Falle der Verhinderung durch Krankheit ist ein ärztliches Zeugnis

vorzulegen. <sup>4</sup>Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, so ist eine Ablegung der Prüfung zum nächsten regulären Prüfungstermin möglich.

- (3) <sup>1</sup>Versucht die Kandidatin oder der Kandidat, das Ergebnis einer Prüfung in unzulässiger Weise, insbesondere durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, oder verstößt sie oder er in grober Weise gegen die Ordnung während der Prüfung, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet. <sup>2</sup>Über das Vorliegen dieser Voraussetzungen entscheidet die jeweilige Prüferin oder der jeweilige Prüfer.

## § 15

### **Berücksichtigung der besonderen Belange Behinderter**

<sup>1</sup>Zur Wahrung ihrer Chancengleichheit ist auf die besondere Lage behinderter Prüfungskandidatinnen oder -kandidaten in angemessener Weise Rücksicht zu nehmen. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss legt auf schriftlichen Antrag der Prüfungskandidatin oder des Prüfungskandidaten nach der Art und Schwere der nachgewiesenen Prüfungsbehinderung fest, in welcher Form eine behinderte Prüfungskandidatin oder ein behinderter Prüfungskandidat ihre bzw. seine Prüfungsleistung erbringt bzw. gewährt eine Arbeitszeitverlängerung oder einen sonstigen Nachteilsausgleich. <sup>3</sup>Der Nachweis der Prüfungsbehinderung ist von der Kandidatin oder dem Kandidaten durch ein ärztliches Zeugnis zu führen, aus dem hervorgeht, dass sie oder er wegen einer länger andauernden oder ständigen Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen. <sup>4</sup>Der Antrag ist der Meldung zur Prüfung beizufügen. <sup>5</sup>Wird der Antrag später eingereicht, gilt er nur für zukünftige Prüfungen.

## § 16

### **Berücksichtigung besonderer Lebenssituationen**

Auf Antrag ist bei Fristen und Terminen die Inanspruchnahme der Schutzfristen der §§ 3, 4, 6 und 8 des Gesetzes zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz - MuSchG) vom 20. Juni 2002 (BGBl I S. 2318) in der jeweils geltenden Fassung, der Fristen des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz - BEEG) vom 5. Dezember 2006 (BGBl I S. 2748) in der jeweils geltenden Fassung sowie der Zeiten für die Pflege einer oder eines nahen Angehörigen im Sinn von § 7 Abs. 3 des Gesetzes über die Pflegezeit (Pflegezeitgesetz - PflegeZG) vom 28. Mai 2008 (BGBl I S. 874, 896)

in der jeweils geltenden Fassung, der pflegebedürftig ist im Sinn der §§ 14, 15 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) vom 26. Mai 1994 (BGBl I S. 1014, 1015) in der jeweils geltenden Fassung, zu gewährleisten. <sup>2</sup>Die entsprechenden Nachweise sind zu führen; Änderungen in den Voraussetzungen sind unverzüglich mitzuteilen.

## **§ 17**

### **Zertifikatszeugnis**

- (1) Über die bestandene Zertifikatsprüfung wird nach Vorliegen aller Modulleistungen ein Zertifikatszeugnis ausgestellt.
- (2) <sup>1</sup>Das Zertifikatszeugnis enthält die Bezeichnung des Zusatzstudiums, die Prüfungsgesamtnote sowie die Einzelprüfungsnoten. <sup>2</sup>Das Zeugnis wird nur erteilt, wenn alle Prüfungsleistungen absolviert und mit mindestens ausreichend bewertet worden sind.
- (3) <sup>1</sup>Das Zertifikatszeugnis wird von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und von der Dekanin oder dem Dekan der Fakultät für Biologie, Chemie und Geowissenschaften und der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät unterzeichnet sowie mit dem Siegel der Universität Bayreuth versehen. <sup>2</sup>Als Datum ist der Tag anzugeben, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde. <sup>3</sup>Eine englischsprachige Übersetzung des Zertifikatszeugnisses und ein Diploma Supplement werden ergänzend ausgestellt und von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet.

## **§ 18**

### **Ungültigkeit der Zertifikatsprüfung**

- (1) Hat die Kandidatin oder der Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betreffenden Noten entsprechend berichtigen und die Zertifikatsprüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.
- (2) <sup>1</sup>Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu den Prüfungen nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin oder der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird die Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Zertifikatsprüfung geheilt. <sup>2</sup>Hat die Kandidatin oder der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung der allgemeinen verwaltungsrechtlichen Grundsätze über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.

- (3) Der Kandidatin oder dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (4) Das unrichtige Zertifikatszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls durch ein neues zu ersetzen.
- (5) Kann das Zertifikatszeugnis nicht eingezogen werden, ist die Erklärung der Ungültigkeit öffentlich bekannt zu geben.

## **§ 19**

### **Übergangsregelungen**

- (1) Die ersten Mitglieder des Prüfungsausschusses können von der Fakultät für Biologie, Chemie und Geowissenschaften und der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vor In-Kraft-Treten dieser Satzung gewählt werden.
- (2) Die Fakultäten können ein Mitglied ermächtigen, die erste Sitzung einzuberufen.

## **§ 20**

### **In-Kraft-Treten**

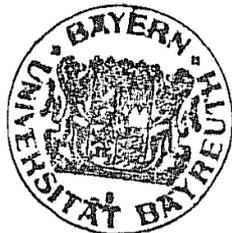
<sup>1</sup>Diese Satzung tritt am 1. Oktober 2014 in Kraft. <sup>2</sup>Das Zusatzstudium kann von allen Studierenden, die zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens in einem naturwissenschaftlichen Studiengang der Fakultät für Biologie, Chemie und Geowissenschaften immatrikuliert sind, aufgenommen werden.

## Anlage: Modulübersicht

Modulname		Modul I: Grundlagen des Öffentlichen Rechts (6 LP)	Modul II: Grundlagen des Verwaltungsrechts (6 LP)	Modul III: Dogmatik des Umweltrechts (6 LP)	Modul IV Wissenschaft und Praxis des Umweltrecht (6 LP)	Modul V Prüfungsmodul (6 LP)
Veranstaltungen	WS	Vorlesung: Öffentliches Recht für Nichtjuristen: 2 SWS (3 LP )	Vorlesung: Einführung in das Allgemeine Verwaltungsrecht und in das Verwaltungsprozessrecht: 2 SWS (4 LP)	Vorlesung: Umweltrecht I (Grundlagen): 2 SWS (3 LP)		
		Vorlesung: Vertiefung Öffentliches Recht für Nichtjuristen: 1 SWS (1 LP)				
		Propädeutische Übung dazu: 2,5 SWS (2 LP)	Propädeutische Übung im Allgemeinen Verwaltungsrecht: 2,5 SWS (2 LP)			
	SoSe			Umweltrecht II (Medialer Umweltschutz): 2 SWS (3 LP)	Seminar Umweltrecht: 2 SWS (4 LP)	Übung im Umweltrecht: 2 SWS (6 LP)
				Propädeutische Übung zum Umweltrecht: 2 SWS (2 LP)		
Modulprüfung		Klausur o. mündliche Prüfung nach der Vorlesung: Vertiefung Öffentliches Recht für Nichtjuristen	Klausur o. mündliche Prüfung nach der Vorlesung: Einführung in das Allgemeine Verwaltungsrecht und in das Verwaltungsprozessrecht	Klausur o. mündliche Prüfung nach der Vorlesung: Umweltrecht II	Seminararbeiten	Klausur

Ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Senats der Universität Bayreuth vom 18. September 2014 und der Genehmigung des Präsidenten der Universität Bayreuth vom 30. September 2014, Az. A 4173 - I/1a.

Bayreuth, 1. Oktober 2014



UNIVERSITÄT BAYREUTH  
DER PRÄSIDENT

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'S. Leible', is written over the printed name.

Professor Dr. Stefan Leible

Diese Satzung wurde am 1. Oktober 2014 in der Hochschule niedergelegt. Die Niederlegung wurde am 1. Oktober 2014 durch Anschlag in der Hochschule bekannt gegeben. Tag der Bekanntmachung ist der 1. Oktober 2014.